



# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Vollständigkeits-Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 138003. — **Verlag in Leipzig:**  
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4506

**Insertenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Plaubildschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Klame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Steuerpläne der Regierung.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, werden im Laufe dieser Woche im Kabinett die Beratungen über die Steuerfrage zu Ende geführt werden. Die schwierigste Entscheidung liegt auf dem Gebiet der Form der Vermögenssteuer. Der Plan des Reichsfinanzministeriums zielt auf eine „Veredelung und Verbesserung“ des Reichsnotopfers ab. Dagegen beabsichtigt der Plan des Reichswirtschaftsministeriums die bekannte Form der hypothekarischen Belastung des Reichs an der Vermögenssubstanz der Industrie und des Grundbesitzes. Diese letzte Form hat u. a. den Vorschlag, daß durch sie eine neue Basis für den Notenumlauf geschaffen wird. Die Garantieforschung hat bereits bei ihren mehrfachen Besprechungen mit dem Wiederaufbauminiſter darauf hingewiesen, daß die Regelung des Notenumlaufs nach ihrer Ansicht eine der wichtigsten Aufgaben der finanziellen Wölung des Ultimatum ist. Durch die Schaffung einer Art Reichsnotopfers, durch die hypothekarische Belastung der Vermögenssubstanz der Industrie und des Grundbesitzes wäre die Möglichkeit einer neuen Fundierung und Regelung des Notenumlaufs gegeben. Es haben sich bereits große Teile der Demokraten und des Zentrums mit diesem Gedanken befreundet. Es handelt sich für sie nun noch um die Frage, welche Form dieser hypothekarischen Belastung des Reichs zu geben sei. Um dadurch eine vermeintliche Störung oder übermäßige Belastung des Wirtschaftsebens zu vermeiden. Das Kabinett dürfte noch im Laufe dieser Woche zur Einigung in dieser Frage kommen. Der Reichsfinanzminister wird am Anfang nächster Woche, auf alle Fälle aber vor der Vertagung des Reichstags, dem Reichstag seine Steuerprogramme entwickeln. Er wird auf diese Weise vor allem dem Ausland und auch der deutschen Öffentlichkeit zeigen, daß im Reichstag der erste Wille zur Unterstützung der Regierung bei der Durchführung der finanziellen Wölungen, die aus dem Ultimatum erwachsen sind, besteht. Die Kohlensteuer steht bereits in ihren Grundzügen fest. Sie sieht eine Erhöhung des Kohlenpreises auf den Weltmarktpreis vor. Die Differenz zwischen dem deutschen Preis und dem Weltmarktpreis wird reſtlos durch Steuererhöht werden. Um die Verbraucher der Hausbrandkohle vor einer solchen Verteuerung der Kohlen zu bewahren, wird eine besondere Einrichtung der Vergütung der durch Hausbrandkohle getragenen Steuer vorgesehcn werden. Es wird sich, wie unser Berliner Korrespondent erzählt, nicht um ein Parteienſystem handeln, sondern um eine Anerkennung der bei der Hausbrandkohle bestehenden indirekten Steuer auf die direkte Steuer. Auf diese Weise erhält man Gelegenheit, nach den finanziellen Verhältnissen und auch nach der Größe der Familie den Verbrauch an Hausbrandkohle genau den Bedürfnissen des einzelnen entsprechend zu regeln.

Wir sind sehr gespannt darauf, wie die hypothekarische Belastung ausfallen wird, der große Teil des Zentrums und der Demokraten zustimmen sollen. Nicht minder, wie das Steuerprogramm wirklich im ganzen ausfallen und ob er eine Mehrheit dafür zusammenbringen wird.

## Ein Gerücht.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, ging durch Berlin gestern nachmittags das Gerücht, daß der englische und italienische Botschafter beim deutschen Außenminister vorgesprochen hätten. Es handelte sich bei ihrem Besuch um die oberſchleſische Frage. Sie sollen angeblich erklärt haben, daß weder England noch Italien schon eine Bindung in der oberſchleſischen Frage gegenüber Frankreich eingegangen seien. Eine Bestätigung dieser Meldung war an amtlicher Stelle nicht zu erlangen.

## Vom Attentat in Belgrad.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Zu dem Attentat auf den Prinzenregenten wird aus Belgrad gemeldet, daß die Annahme, es handle sich nur um die Tat eines Einzelnen, sich nicht bestätigt. Es wurden im Laufe des gestrigen Tages durch die Polizei weitere drei Personen als Mitschuldige des Attentats verhaftet.

Die Meldung ist mit Vorsicht aufzunehmen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Polizei Mitschuldige erfindet, um gegen die verhaftete Opposition einen Schlag zu führen.

## Teilweise Wiederaufnahme der Arbeit im englischen Bergbau.

London, 30. Juni. Nach langen Verhandlungen haben der Verband der Arbeitgeber und der Bergarbeiterverband heute ein vorläufiges Abkommen getroffen. Eine gemeinsame Entschölung über diese Abmachungen wird einer Tagung von Vertretern der Verbände unterbreitet werden, die heute zusammentreten soll.

Die Arbeiter in Yorkshire haben beschlossen, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Dagegen haben 5000 Bergarbeiter in Wigan einstimmig das betroffene Abkommen abgelehnt.

Paris, 1. Juli. (L.) Aus London wird gemeldet: Zahlreiche Bergarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, ohne den Befehl des Syndikats abzuwarten.

## Wirkungen des Streiks.

Rotterdam, 30. Juni. (L.) Man rechnet, daß die Bergarbeiter durch den Streik 60 Millionen Pfund verloren haben. Die

Verluste werden aber noch größer werden, weil verschiedene Gruben nicht in ein bis zwei Wochen eröffnet werden können, selbst wenn man schon heute mit ihrer Wiederherstellung anfängt. Tausende von Arbeitern werden keine Beschöftung mehr finden, weil ihre Gruben erschölen sind. Die britische Kohlenförderung wird in diesem Jahre mindestens um vierzehn Millionen Tonnen geringer sein, als im Jahre vor dem Kriege. Allein in Südwalcs dürfte es innerhalb von vier Wochen für die Hälfte von 250 000 Bergarbeitern keine Arbeit geben. Die Arbeitslosigkeit in der gesamten englischen Industrie nimmt einen traurigen Umfang an. (Diese Massenarbeitslosigkeit ist aber bekanntlich eine Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise, keineswegs des Streiks. (L. Red.) Die Gesamtkosten des Bergarbeiterstreiks, für die Ausstände in anderen Industrien und die verschuldete Arbeitslosigkeit werden sich auf hundert Millionen Pfund belaufen. Dahn Mail schätzt sogar den Gesamtverlust der englischen Industrie auf 500 Millionen Pfund (?).

## Einigung in der Maschinenbauindustrie?

London, 30. Juni. (Reuter.) Auf der Konferenz zwischen den Unternehmern und den Arbeitern im Maschinenbaugewerbe ist ein vorläufiges Abkommen mit großer Mehrheit angenommen worden. Die Vertreter der Gewerkschaften beschlossen, ihren Mitarbeitern die Annahme dieses Abkommens zu empfehlen. Die Abstimmung der Arbeiter wird innerhalb der nächsten 14 Tage stattfinden.

## Geplante Herabsetzung der Hafenarbeiterlöhne.

London, 1. Juli. (L.) Zwischen den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer im englischen Hafenarbeiterbetrieb wird über einen Vorschlag der Unternehmer verhandelt, wonach die Mindestlöhne ab 1. Juli und 1. September um je 2 Schilling ermäßigt werden sollen.

## Freie Bahn nach Konstantinopel.

### Ismid und Rhodemia geräumt.

Paris, 29. Juni. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel vom 28. Juni haben die griechischen Truppen Ismid bereits gestern geräumt, wodurch die Kemalisten freie Bahn nach Konstantinopel haben. Die Stadt Ismid ist von ungefähr 30 000 Flüchtlingen überfüllt. Die griechischen Behörden haben alle griechischen Dampfer für den Transport der Flüchtlinge nach Griechenland beschlagnahmt. Eine Anzahl der Flüchtlinge ist bereits in Konstantinopel ausgeschifft worden.

London, 29. Juni. Im Unterhaus teilte Harmsworth mit, daß die Lage auf der Smidhalbinsel unsicher sei. Die griechischen Streitkräfte hätten die Stadt am 27. Juni geräumt. Die Stadt ſiehe sich in Flammen. Im ganzen Bezirk herrsche eine große Panik. Zahlreiche Armenier und Türken fliehen in der Richtung nach Konstantinopel. Die britischen Interessen befinden sich nicht in Gefahr.

Athen, 1. Juli. (L.) Die griechischen Truppen haben Rhodemia geräumt, ohne vom Feinde daran gehindert zu werden.

## Eine neutrale Linie?

London, 30. Juni. (L.) Die Allierten haben eine neutrale Linie, zehn Kilometer von Ismid, besetzt. Wenn die Nachricht zutrifft, könnte sie nur so aufgefaßt werden, daß englische Marine- und Truppen den westlichen Teil der Halbinsel Ismid besetzt haben, um den Truppen Kemal den Weg nach Konstantinopel abzupferren. Da es sehr fraglich ist, ob die kemalistischen Truppen sich durch eine allierte Sperrkette von ihrem Vorhaben abbringen lassen werden, zückt die Möglichkeit des Uebergreifens des Konflikts auf England, das bisher den Zuschauer im griechisch-türkischen Konflikt gespielt hat, in unmittelbarer Nähe.

## Türkische Offensive auf der ganzen Front.

Paris, 30. Juni. Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel: Nachrichten aus Kleinasien bestätigen, daß die Türken die Offensive ergriffen haben. Auf der Front von Ismid: Brussa hätten sie einige Siege davongetragen. Im Abschnitt von Uşak sei die griechische 3. Division vollkommen geschlagen worden und werde von türkischer Kavallerie verfolgt.

## Griechische Blockade.

Konstantinopel, 30. Juni. Die Griechen haben jeden Seeverkehr auf dem Marmara-Meer verboten.

## Von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft.

Eine Tagung des Bureau und Aktionsausschusses in Frankfurt am Main.

Das Bureau der Internationalen Arbeitsgemeinschaft wird sich am Freitag, dem 8. Juli, in Frankfurt a. Main im Bureau des Volksochtes, unseres dortigen Parteiblattes, versammeln.

Außer den Mitgliedern des Bureau, den Genossen Wallhead (England), Friedrich Adler (Österreich), Grimm (Schweiz), Longuet (Frankreich) und Ledebour (Deutschland) sind auch die Mitglieder des Aktionsausschusses eingeladen, mit beratender Stimme an der Sitzung teilzunehmen. Auf der Tagesordnung steht die Erörterung der politischen und wirtschaftlichen internationalen Lage.

## Die Außenpolitik Jugoslawiens.

II.

Die Politik unserer Regierung in der Frage des Anschlusses Deutschösterreichs ist eine Gewaltpolitik, eine sehr teure Politik, die obendrein im krassen Gegensatz zum Selbstbestimmungsrecht der Völkcr steht und die außerdem der nationalen Freiheit der Südslawen gefährlich werden könnte. Sie muß darum möglichst bald aufgegeben werden.

Im zweiten Leitartikel werden Otto Bauers Ausführungen auf der Wiener Konferenz zitiert über das Stück Fortschritt in den Friedensverträgen, insofern sie wiedererwachende Völkcr auf die geschichtliche Bühne stellen. In diesem Sinne begrüßen wir alle die Liquidation der unseligen Doppelmonarchie. Aber — die Friedensverträge sind weit über die Liquidierung des geschichtlichen Verfalls hinausgegangen. Sie haben vor allem mehrere Ungerechtigkeiten gegenüber der vollkommenen nationalen Einheit der im Kriege besiegten Völkcr und traten so das Selbstbestimmungsrecht der Völkcr mit Füßen. „... Durch eine regellose und mangelhafte Lösung der zahlreichen nationalen Fragen, durch eine unverhältnismäßige Belastung des Wirtschaftskörpers, die dieser nicht ertragen kann, wurden in Europa wie in der ganzen Welt Bedingungen geschaffen für fortwährende politische Erschütterungen und für wirtschaftliche Krisen.“

Daher ist die Revision der Friedensverträge ein Weltbedürfnis und liegt im Interesse der Weltwirtschaft. Statt dessen unternehmen die Staaten der Großen und Kleinen Entente alles Denkbare, um die durch die Friedensverträge geschaffenen Zustände ewig unverändert aufrechtzuerhalten, sich dabei in ungeheure und unerträgliche Ausgaben stürzend. Daselbe tut auch Jugoslawien. Der Beweis dafür ist sein fabelhaft hohes Militärbudget. \* Diese Politik treibt man obendrein als Gefangener von allerlei Umständen, die ja zwischen bürgerlichen Regierungen stets militärischer Art sind. \*\* So wird diese Politik zur schweren Bedrohung sowohl für den Frieden, wie vor allem für den ökonomischen Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft.

Die äußere Politik Jugoslawiens stützt sich noch immer auf jene Voraussetzungen, welche wir stets in rückständigen Ländern mit wenig entwickeltem Proletariat und ganz geringer Demokratie wiederfinden. Das sieht man am deutlichsten an dem Verhalten unserer Regierung gegenüber Sowjetrußland.

Während alle übrigen Regierungen wenigstens die Handelsbeziehungen mit Rußland ausgenommen haben, in der Ueberzeugung der Unmöglichkeit und Sinnlosigkeit antibolschewistischer Interventionspolitik, steht unsere Regierung ihre traditionelle Politik wie gegenüber dem früheren zaristischen Rußland fort. Im Verhältnis zum heutigen Rußland teilt unsere Regierung vollständig den Standpunkt der schwarzesten russischen Konterrevolutionäre. So wurde es möglich, daß die russischen Flüchtlinge das Asylrecht bei uns zu offenen politischen Demonstrationen mißbrauchen. So fand vor ein paar Tagen eine Trauergegendfeier für Nikolous II. statt, bei der die jugoslawische Regierung offiziell vertreten war! Das bedeutet einen offenen provokatorisch feindseligen Akt gegenüber dem heutigen Rußland. \*\*\*

Die treffendste Charakteristik der jetzigen jugoslawischen Außenpolitik wäre wohl die Feststellung, daß Jugoslawien etwa die Mitte einnimmt zwischen einem Subjekt und Objekt der derzeitigen diktatorischen Westpolitik der Ententeſtaaten. Seine Politik ist teilweise durch die Interessen der jugoslawischen herrschenden Klasse, teilweise durch den Einfluß und den Druck der Großstaaten bestimmt. Gegen diese beiden Bestimmungsmomente der offiziellen Außenpolitik Jugoslawiens muß es aber mit Entschiedenheit auftreten, dem der Friede und die guten gegenseitigen Beziehungen zwischen den Völkern am Herzen liegen —, also in erster Reihe das klassenbewußte Proletariat. Wehlich dem Proletariat aller Länder erhebt sich auch die jugoslawische Arbeiterklasse gegen die Politik der diplomatischen und militärischen Ententen und Konventionen. Auch sie tritt ein für Völkcrfrieden und gute, nachbarliche Beziehungen.

In diesem Sinne schreibt der Sarajewer Glas Sloboda, das Organ der dortigen sozialistischen Arbeiterpartei, über die Frage des Anschlusses Deutschösterreichs gegenüber den Anschlußgegnern: „Das jugoslawische Proletariat muß mit Entschiedenheit gegen

\* In dem jetzt vorliegenden Budget verlangt der Herr Kriegsminister 10 Milliarden jugoslawische Kronen für sein Ressort. Der Finanzausschuss bemüht sich umsonst, die Summe herabzusetzen.

\*\* Am 7. Juni wurde durch Bastsich und Tala Jonsescu in Belgrad eine feierliche Konvention unterschrieben, analog der tschechoslowakisch-rumänischen. Damit erscheint der unschuldige „defensive“ Dreibund der „Kleinen Entente“ — Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien — gestiftet und vereinheltlicht.

\*\*\* Damit im Zusammenhang steht die Ankunft des Generals Wrangel und seines Stabes in Jugoslawien, wo er bei Neusatz sein Hauptquartier aufgeschlagen hat, die Uebernahme seiner technischen Truppen als selbständige Einheiten, ebenso seiner Kadettenschulen und Polizeitruppen.